

Mitteldeutsche Zeitung

Mitteldeutschland - 16.05.2014

Sachsen-Anhalt

Haseloff gegen Fusion der Uni-Kliniken



Im Landtag von Sachsen-Anhalt ging es auch um die Zukunft der Uni-Kliniken.
(BILD: DPA)

VON TORSTEN ADAM UND KAI GAUSELMANN

Die Landesregierung schlägt im Streit über die Finanzprobleme der Unikliniken versöhnliche Töne an. „Es gibt dafür Ursachen, keine Schuldigen“, sagte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) der MZ. Er lehnte eine Holding beider Kliniken ab.

MAGDEBURG/MZ. Wer ist schuld an der Finanzmisere der Unikliniken? Solche Fragen will Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) nicht mehr diskutieren. „Ich mache niemandem einen Vorwurf. An dieser Stelle macht es keinen Sinn, nach hinten zu schauen. Wir müssen nach vorne schauen, wir brauchen jetzt eine Lösung“, sagte der Ministerpräsident der MZ. Der Regierungschef gab aber nicht nur eine Friedensparole aus. Es

soll jetzt konkret etwas passieren - der Juni könnte der entscheidende Monat für die Unikliniken werden. Die Regierung will regionale Konzepte für Kooperationen vorlegen sowie bei Bund, Krankenkassen und niedergelassenen Ärzten Druck für eine bessere Finanzierung machen.

„Wir haben alle eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Die müssen wir wahrnehmen, wir brauchen nun eine konzertierte Aktion“, so Haseloff. Konkret soll es am 10. Juni eine Sonder-Kabinettsitzung mit Vertretern der großen Krankenkassen und Ärztevertretern geben. „Wir wollen mit den Kassen eine auskömmliche Finanzierung diskutieren. Wir brauchen eine Anhebung“, sagte Haseloff. Mit den Ärztevertretern will er die Auslastung der Unikliniken diskutieren. Nach Angaben von Wissenschaftsminister Hartmut Möllring (CDU) zahlt alleine die AOK Sachsen-Anhalt mehr als 100 Millionen Euro im Jahr an Unikliniken in Niedersachsen, Sachsen und Berlin, weil viele Versicherte aus Sachsen-Anhalt dorthin statt an die heimischen Unikliniken überwiesen werden. Zwei Tage später will Haseloff die Finanzprobleme mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Ministerpräsidenten-Konferenz besprechen - mit seinen Amtskollegen, die ähnliche Probleme haben. „Wir müssen zu anderen gesetzlichen Lösungen im Bund kommen“, so Haseloff.

Bundesgesundheitsminister ist kompromissbereit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) zeigte sich bei einem

Besuch der Aneos-Klinik in Bernburg (Salzlandkreis) derweil gesprächsbereit für die Sorgen der Länder. Es müssten sich die besonderen Herausforderungen der Hochschulmedizin künftig besser in den Fallpauschalen spiegeln. Allerdings mahnte er auch, dass bundesweit Betten-Überkapazitäten abgebaut werden müssten. Er sieht auch unter anderem Korrekturbedarf bei den Ambulanzkosten und den Hochkostenfällen, also besonders behandlungsintensiven Fällen. „Auch darüber müssen wir reden“, sagte Gröhe der MZ.

Haseloff will die Unikliniken in Magdeburg und Halle bei der Lösung der Probleme aber nicht aus der Verantwortung lassen. Alleine die Uniklinik Halle wird dieses Jahr mindestens neun Millionen Euro Verlust machen. Eine bessere Finanzierung durch Bund und Kassen lösten alleine die Probleme nicht. „Wir müssen